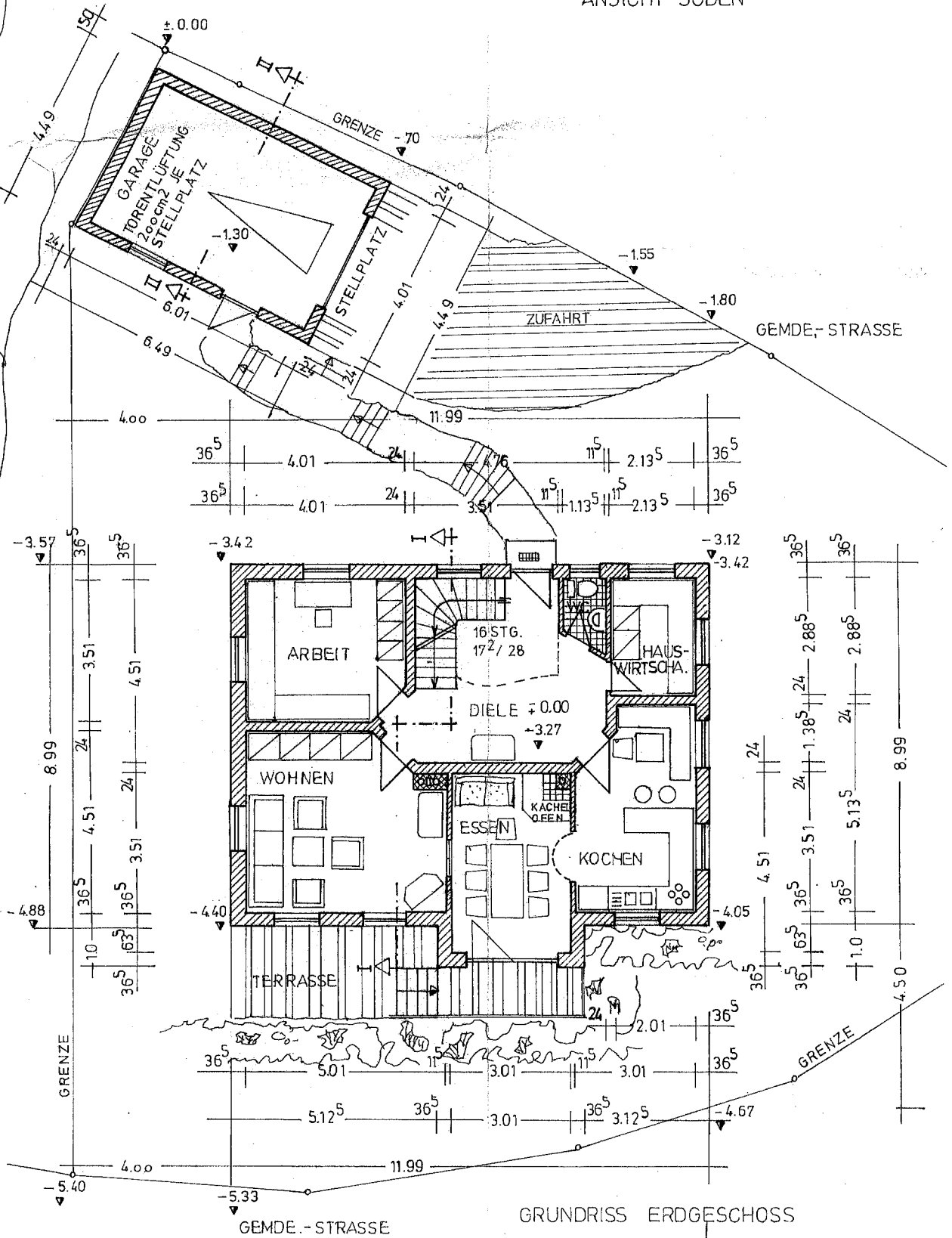
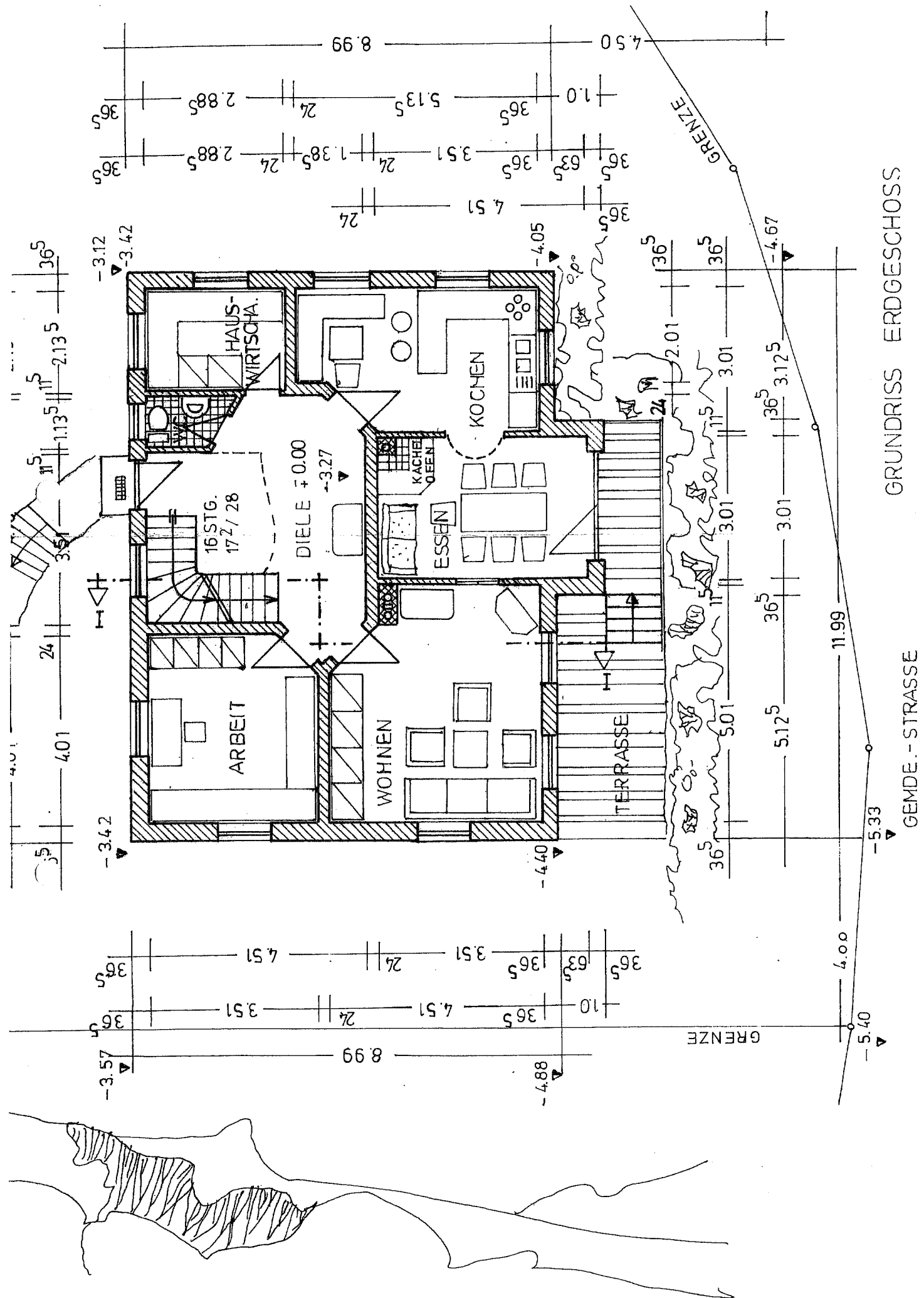


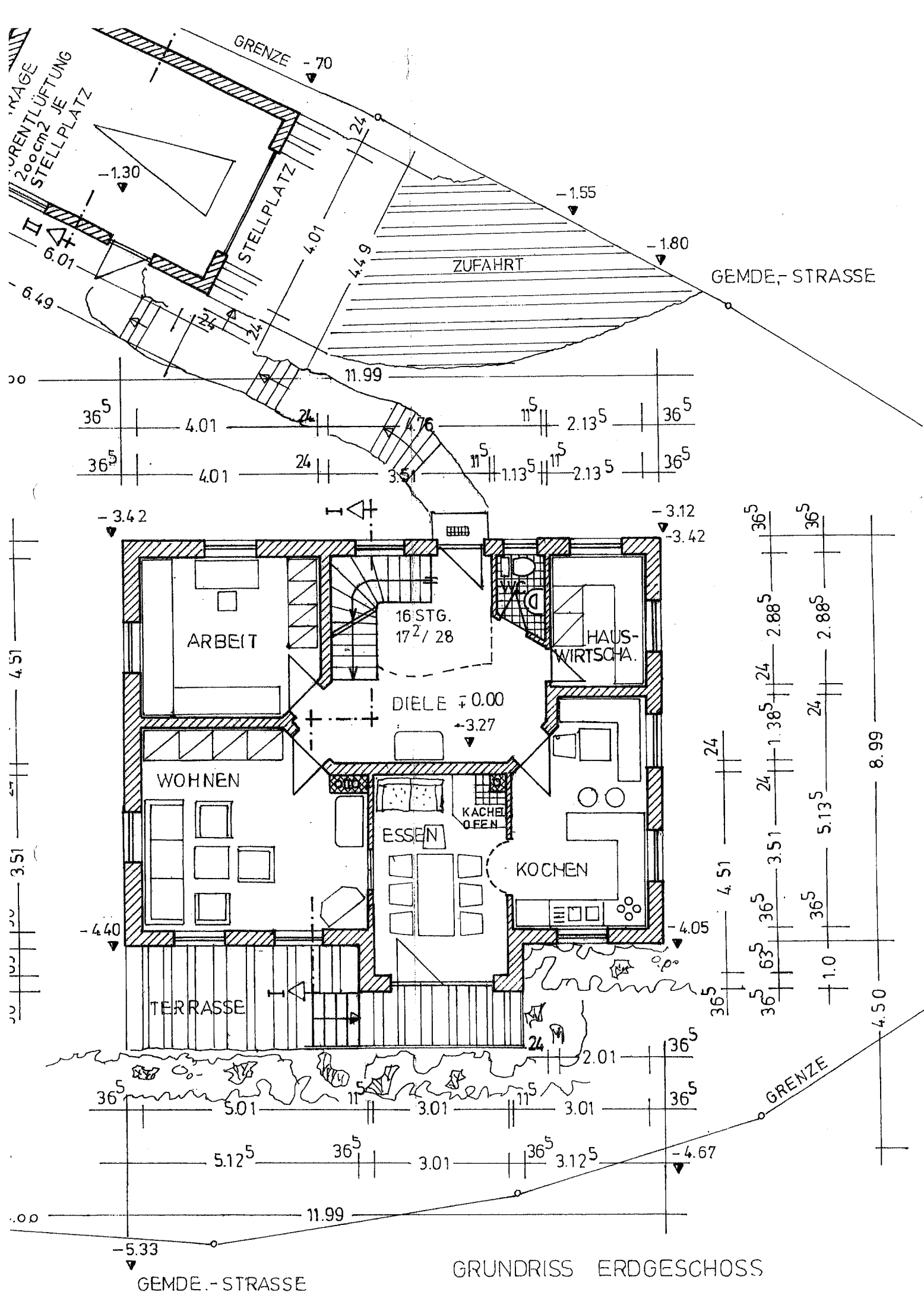
# ANSICHT SÜDEN



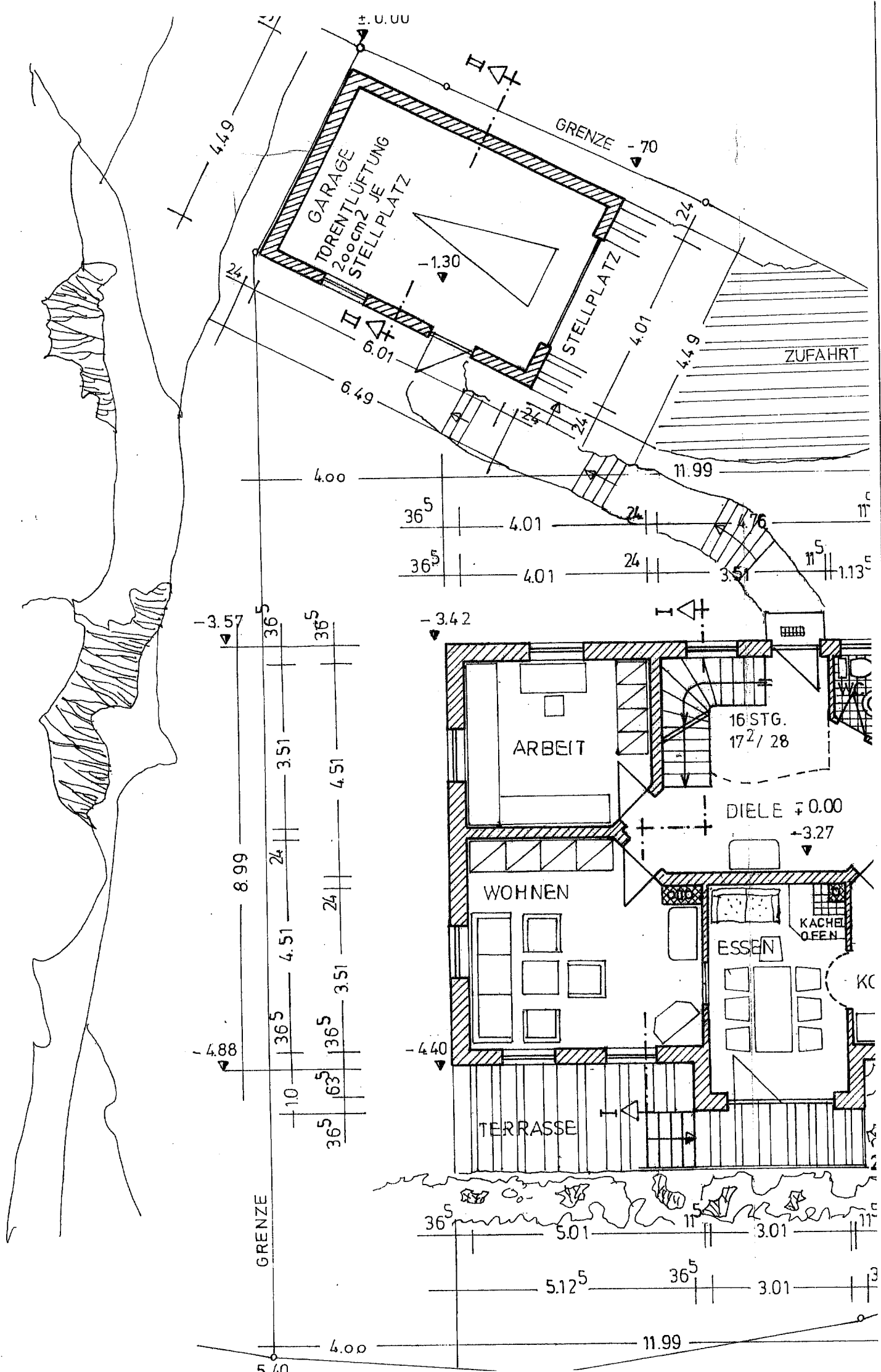


GRUNDRISS ERDGESCHOSS

GEMDE.-STRASSE

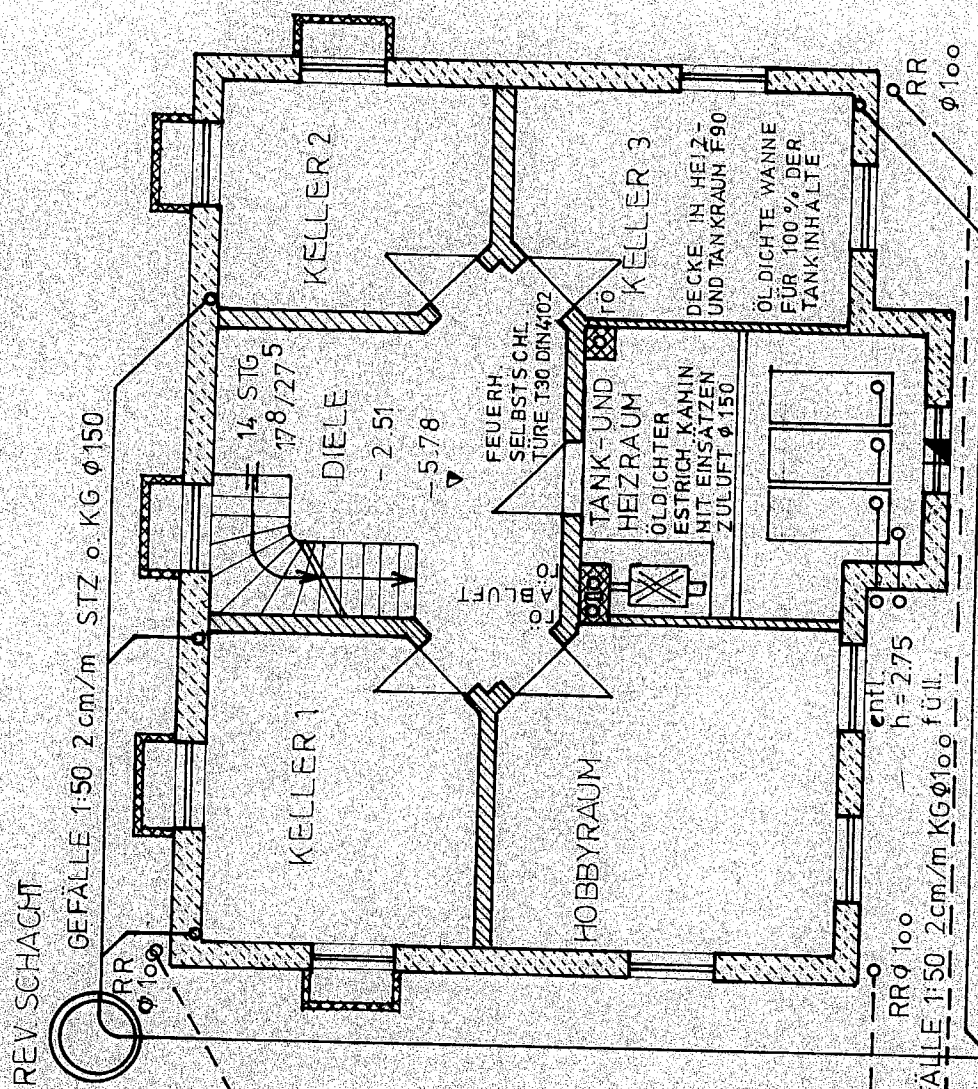


GRUNDRISS ERDGESCHOSS



REV SCHACHT

GEFÄLLE 1:50 2 cm/m STZ o. KG  $\phi$  150



HACHT MIT ZUR IS EN

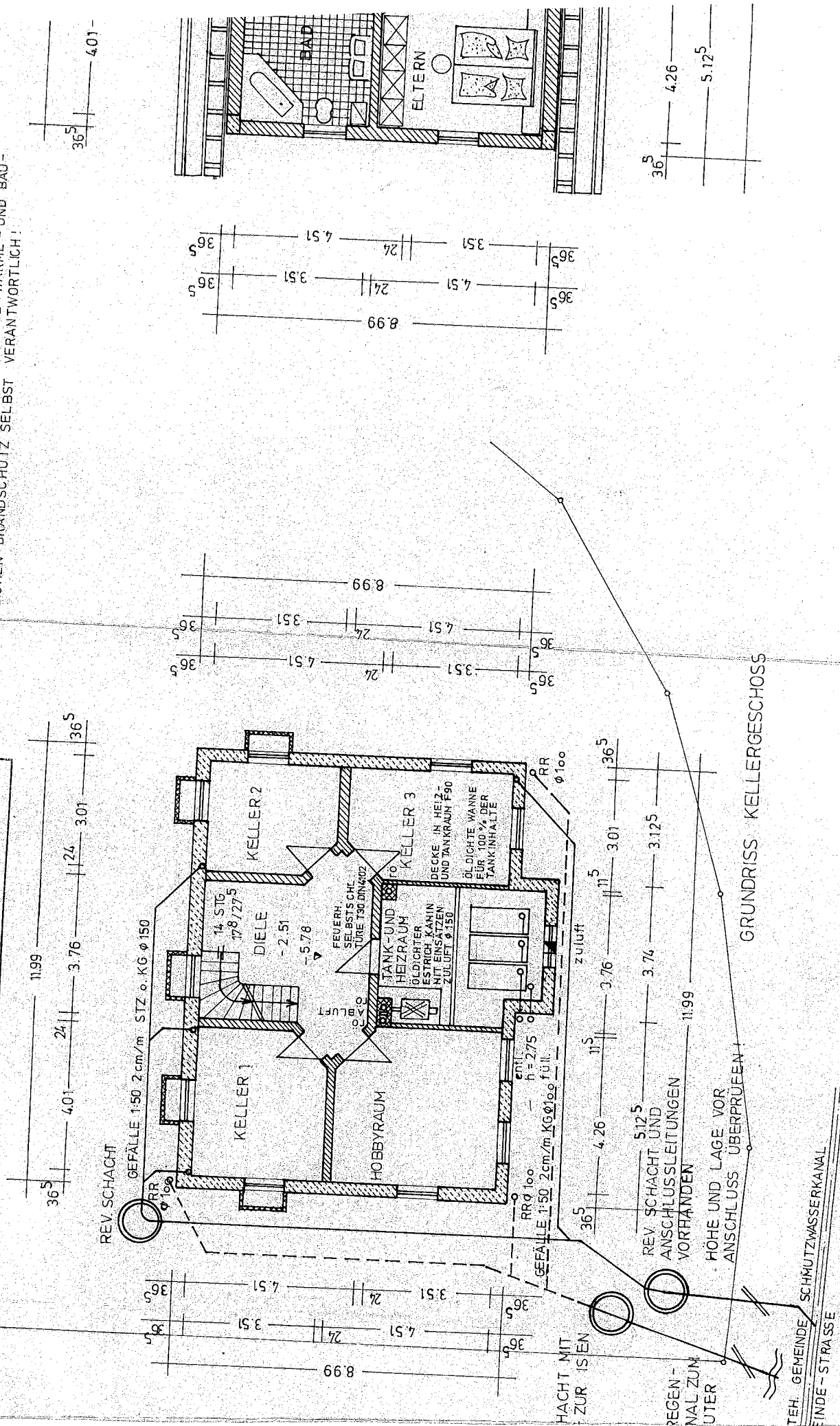
REGEN - NAL ZUM UTER

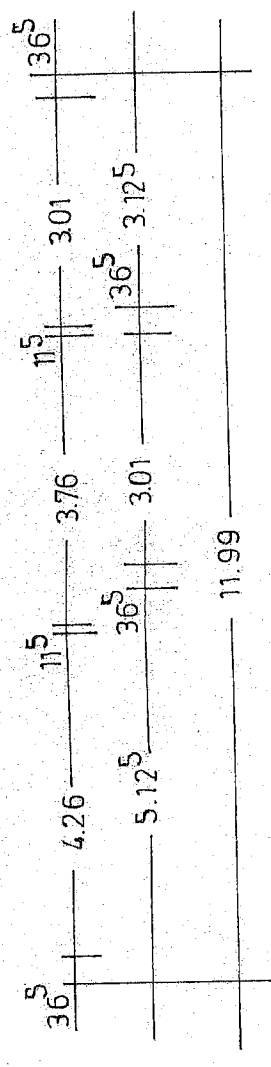
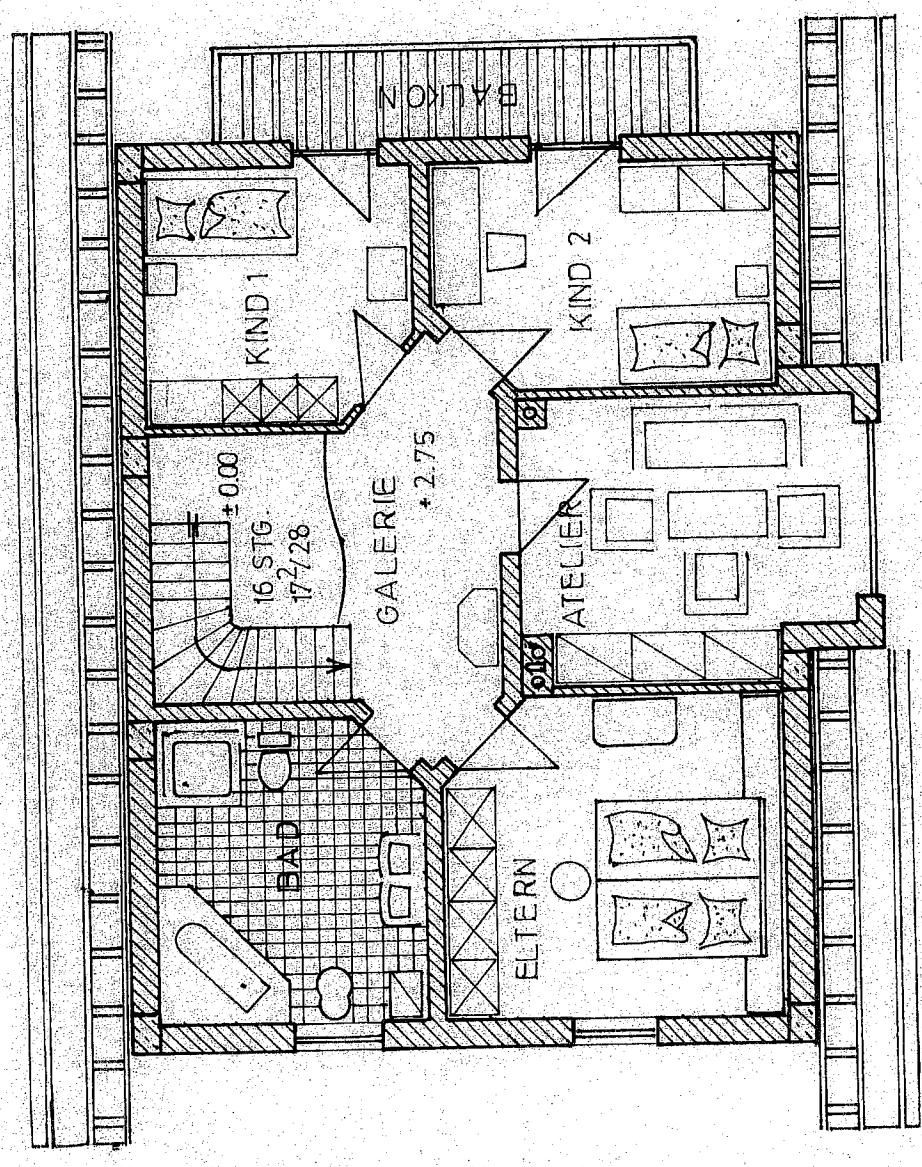
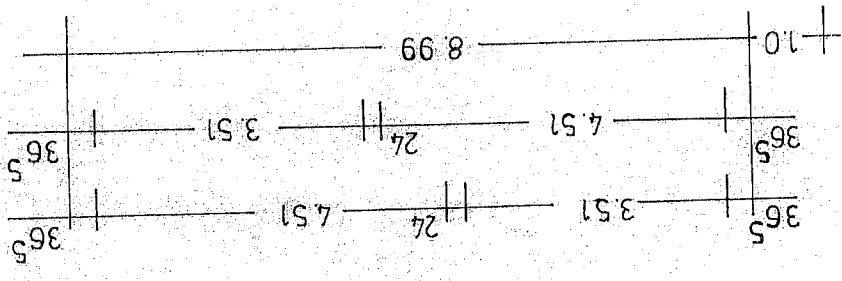
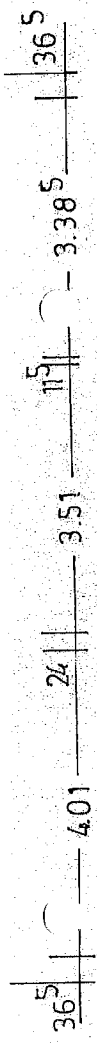
REV. SCHACHT UND ANSCHLUSSLEITUNGEN VORHANDEN

HÖHE UND LAGE VOR ANSCHLUSS ÜBERPRÜFEN!

GRUNDRISS KELLERGESCHOSS

Wärmeschutzverordnung  
ist zu beachten  
(siehe beil. techn. Merkblatt)





GRUNDRISS OBERGESCHOSS

GEMEINDE - KANAL

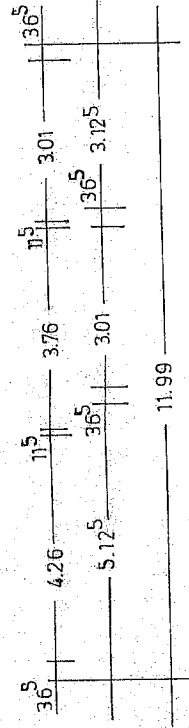
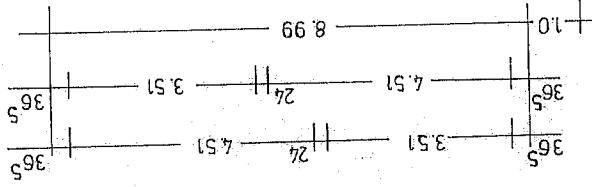
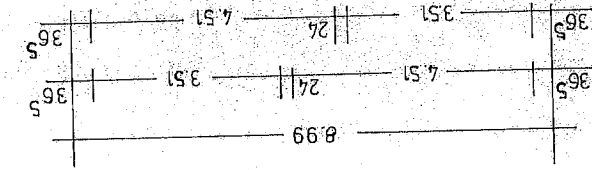
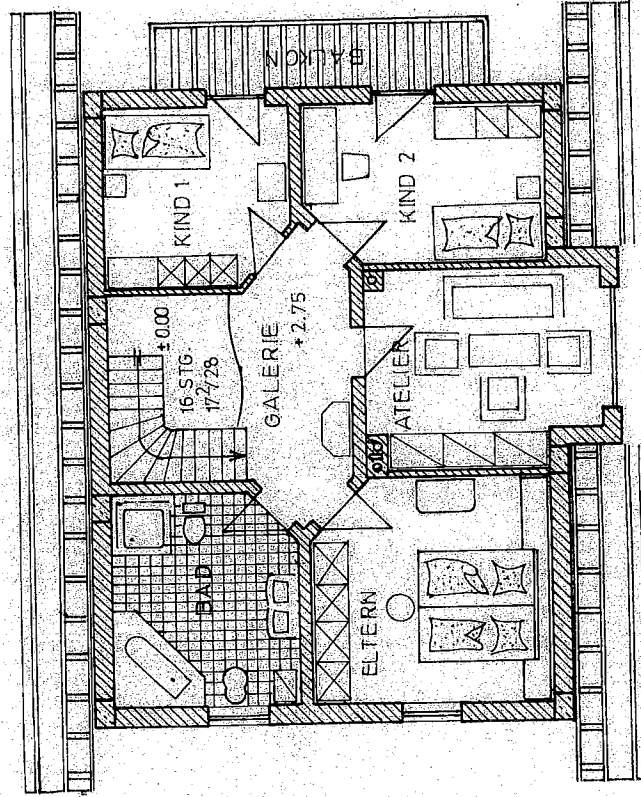
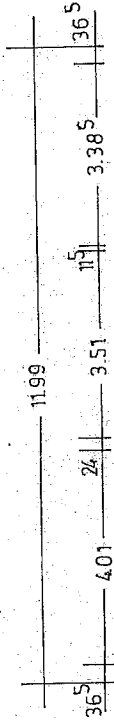
HÖHE UND LAGE SIND  
VORHER ZU ÜBERPRÜFEN!

DIE EINSCHLÄGIGEN VORSCHRIFTEN DES ENERGIEEINSPARUNGS-  
GESETZES UND DER WÄRMESCHUTZVERORDNUNG SOWIE DIE  
ORTSPOLIZEILICHEN VORSCHRIFTEN UND DIE BESTIMMUNGEN  
DER VOB DER BAYBO UND DIE ANERKANTEN REGELN DER  
BAUKUNST SIND BEI DER BAUAUSFÜHRUNG GENAU ZU  
BEACHTEN!  
DER BAUHERR, BAULEITER UND BEAUFTR. UNTERNEHMER SIND  
ÜBER DIE ERFÖRDERLICHEN NACHWEISE NACH ART 70 ABS 4  
BAYBO ÜBER STANDSICHERHEIT SCHALL- WÄRME - UND BAU-  
LICHEN BRANDSCHUTZ SELBST VERANTWORTLICH!

ALLE TRAGENDEN TEILE - NACH STATIK  
ALLE MASSE SIND VORHER ZU ÜBERPRÜFEN!

SNITT I/I

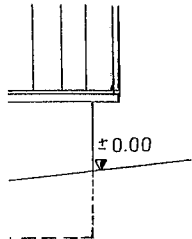
GEPRÜFT und GENEHMIGT  
am 13.08.96 gemäß Bescheid vom  
14. AUG. 1996  
LANDRATSAMT  
MÜNCHENDORF A./INN



GRUNDRISS OBERGESCHOSS

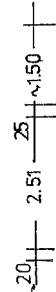
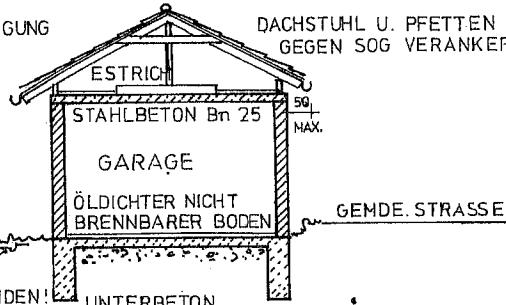
DECKUNG U. NEIGUNG  
WIE WOHNHAUS

DACHSTUHL U. PFETTEN  
GEGEN SOG VERANKERN



FUNDAMENTE AUF FROSTTIEFE  
UND TRAGFÄHIGEN BODEN GRÜNDEN!

UNTERBETON  
MIT KIESKOFFER



SCHNITT II / II

FLACHDACHPFANNEN NATURROT  
DACHNEIGUNG ~28°  
LATTUNG + KONTERLATTUNG  
PAPPE + SCHALUNG  
DACHSTUHL N. STATIK GÜ. KL. II  
DÄMMUNG N. WSV 0 III NEU  
SICHTSCHALUNG

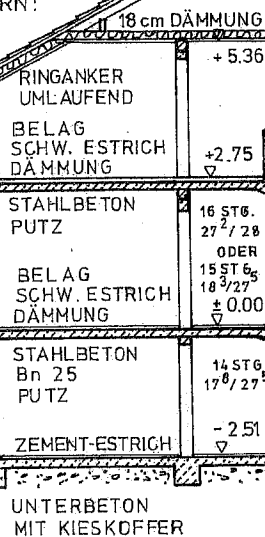
DACHSTUHL UND PFETTEN  
GEGEN SOG VERANKERN!

ENTLÜFTUNGEN, ÜBER  
DACH FÜHREN!

SICHTSCHALUNG

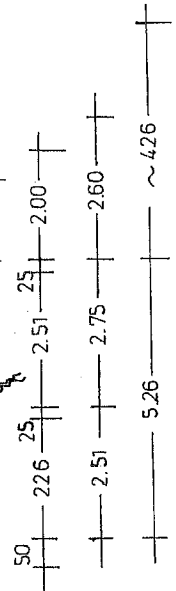
REV. SCHACHT  
vorhanden

STZ Ø 150  
GEFÄLLE 1:50  
2 cm/m



SPERRUNG  
NACH DIN

FUNDAMENTIERER  
NACH DIN EINLEGEN!



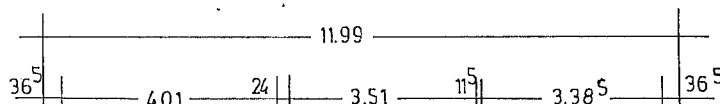
ALLE TRAGENDEN TEILE NACH STATIK  
ALLE MASSE SIND VORHER ZU ÜBERPRÜFEN!

SCHNITT I / I

LAGE SIND  
U ÜBERPRÜFEN!

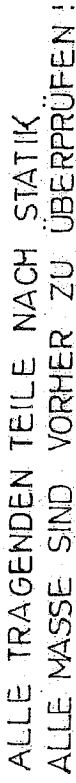
FEN DES ENERGIEEINSPARUNGS -  
UTZVERORDNUNG SOWIE DIE  
TEN UND DIE BESTIMMUNGEN  
IE ANERKANTEN REGELN DER  
AUSFÜHRUNG GENAU ZU

BEAUFTR. UNTERNEHMER SIND  
CHWEISE NACH ART 70 ABS 4  
T SCHALL- WÄRME - UND BAU -  
VERANTWORTLICH!



GEPRÜFT und GENEHMIGT  
am 13.08.96  
gemäß Bescheid  
LANDRATSAMT 14. Au  
MÜHLDORF A./INN

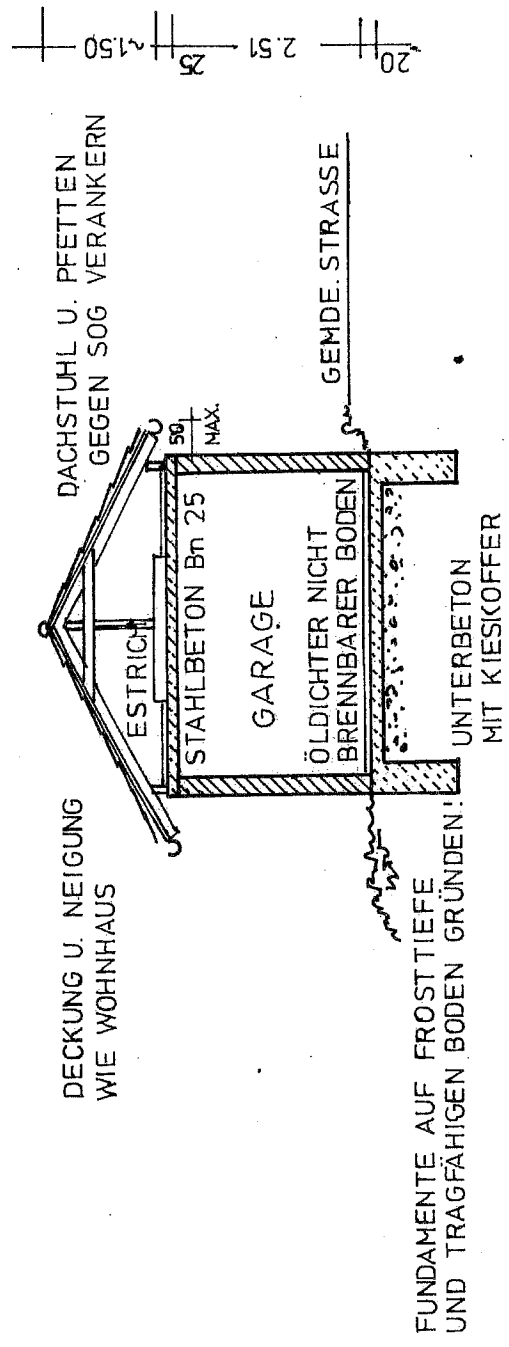
IRH.  
UDE - KANAL



EN DES ENERGIEEINSPARUNGS-  
TZVERORDNUNG SOWIE DIE  
EN UND DIE BESTIMMUNGEN  
E ANERKANTEN REGELN DER  
JSFÜHRUNG GENAU ZU

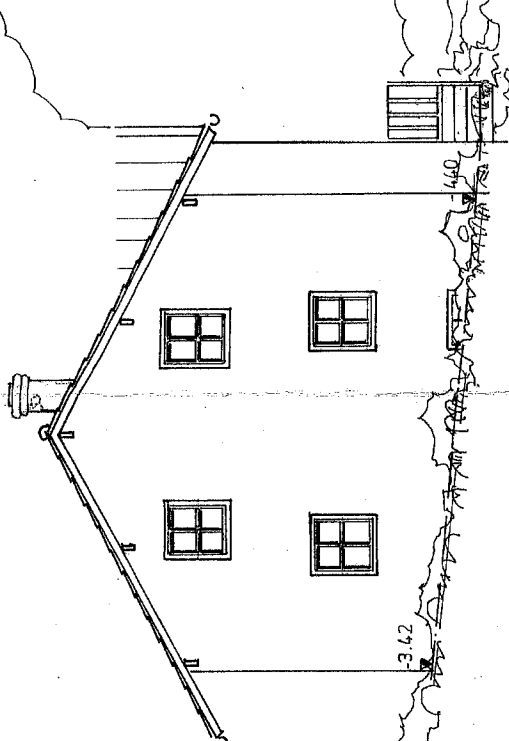
BEAUFTR. UNTERNEHMER SIND  
HWEISE NACH ART 70 ABS 4

GEPRÜFT und GENEHMIGT  
am 13.08.96 gemäß Bescheid vor  
LANDRATSAMT 14. AUG. 1996

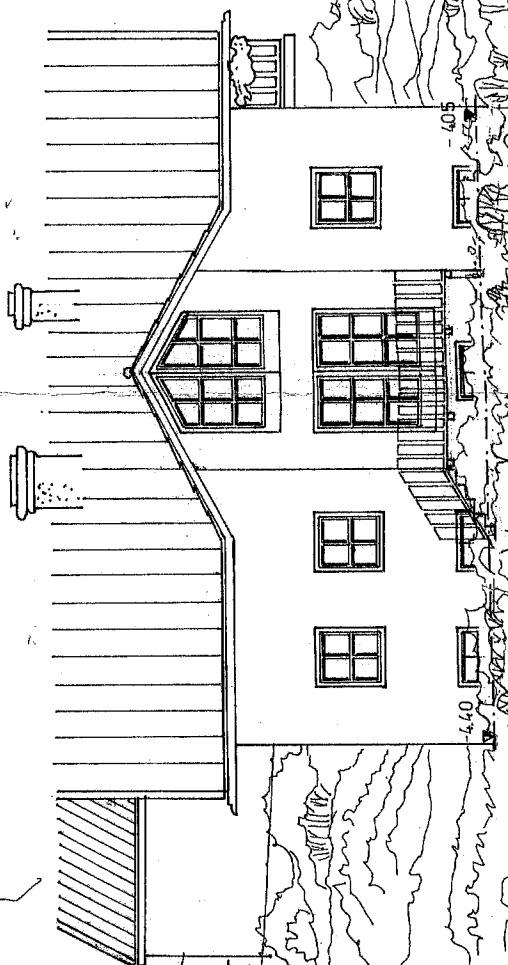
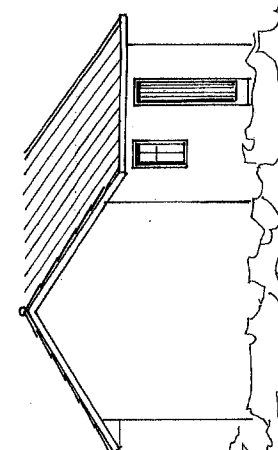


SCHNITT II / II

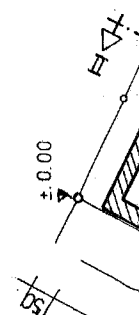
FLACHDACHPFANNEN NATURROT  
DACHNEIGUNG ~28°

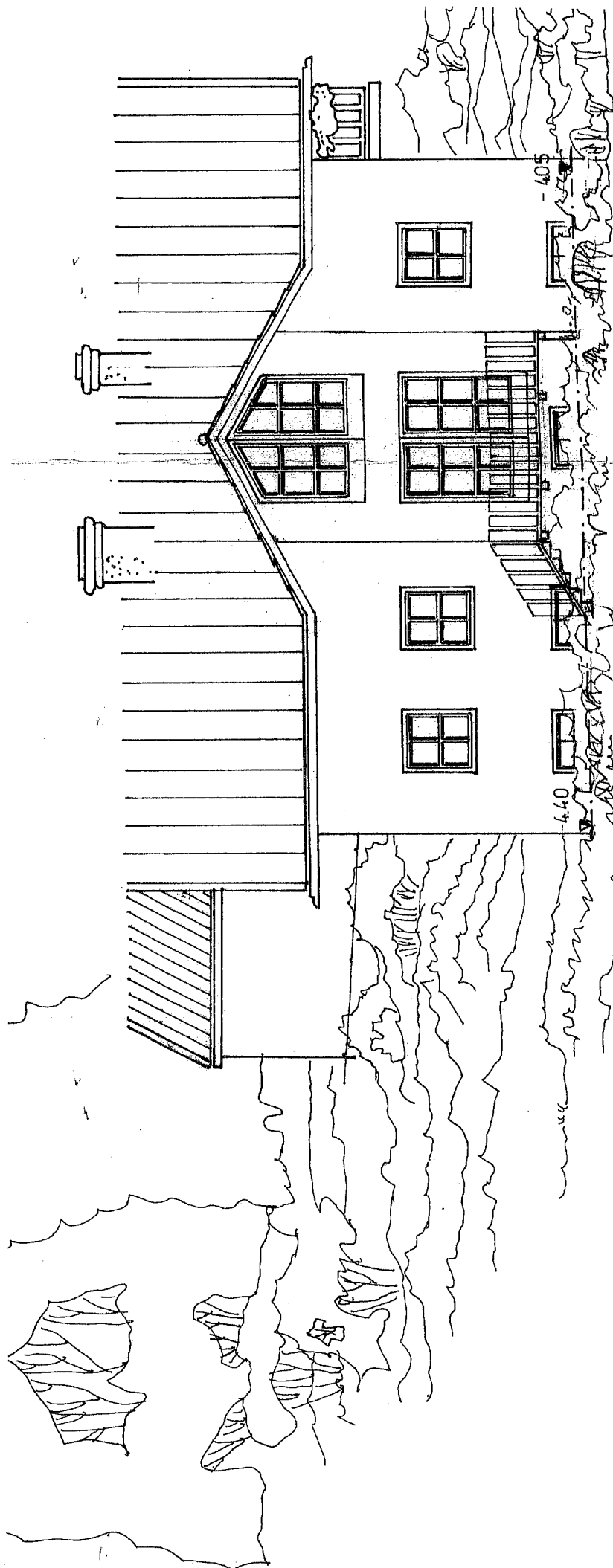


ANSICHT WESTEN

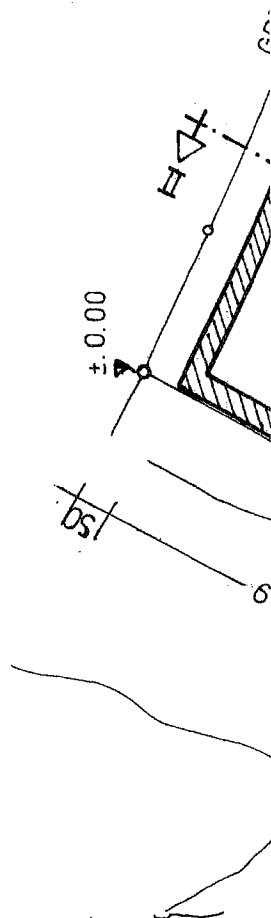


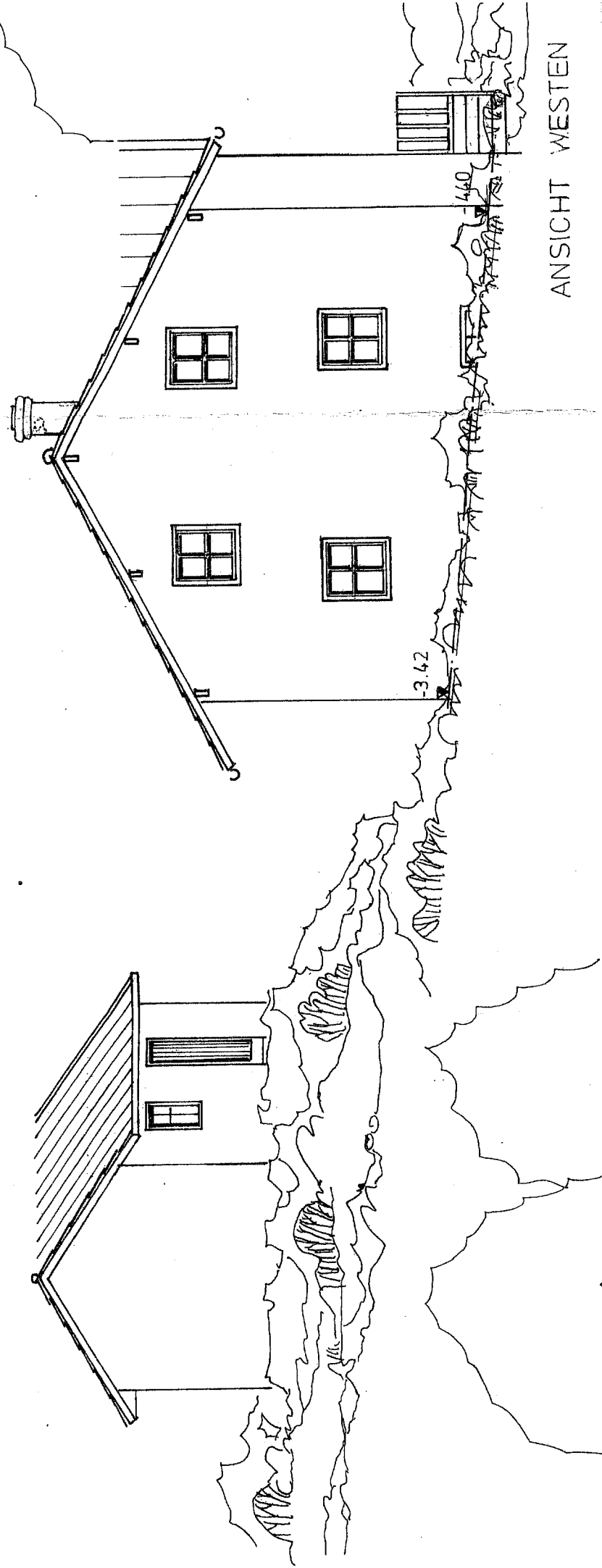
ANSICHT SÜDEN



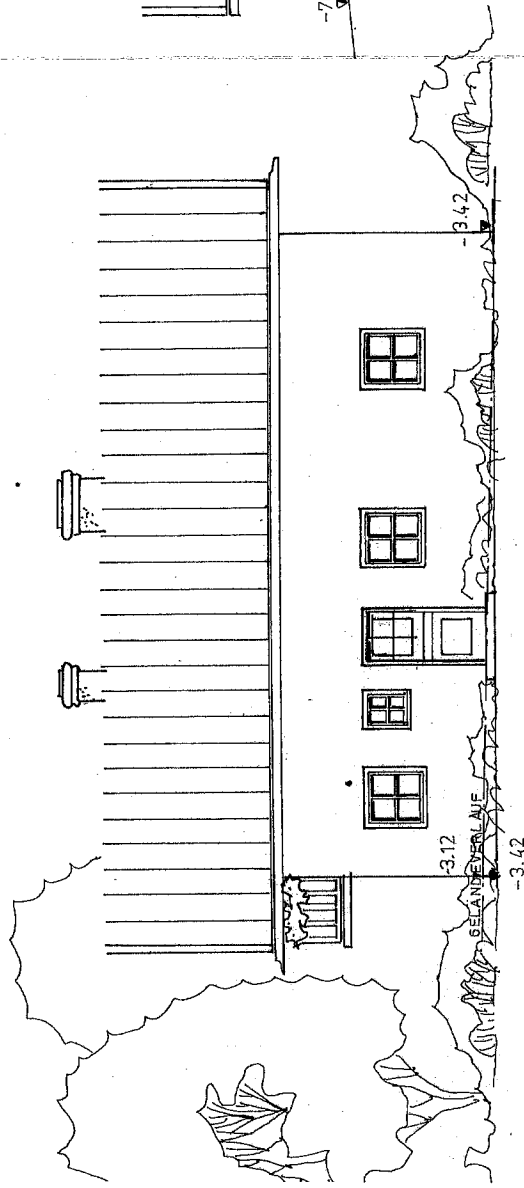


ANSICHT SÜDEN





ANSICHT WESTEN



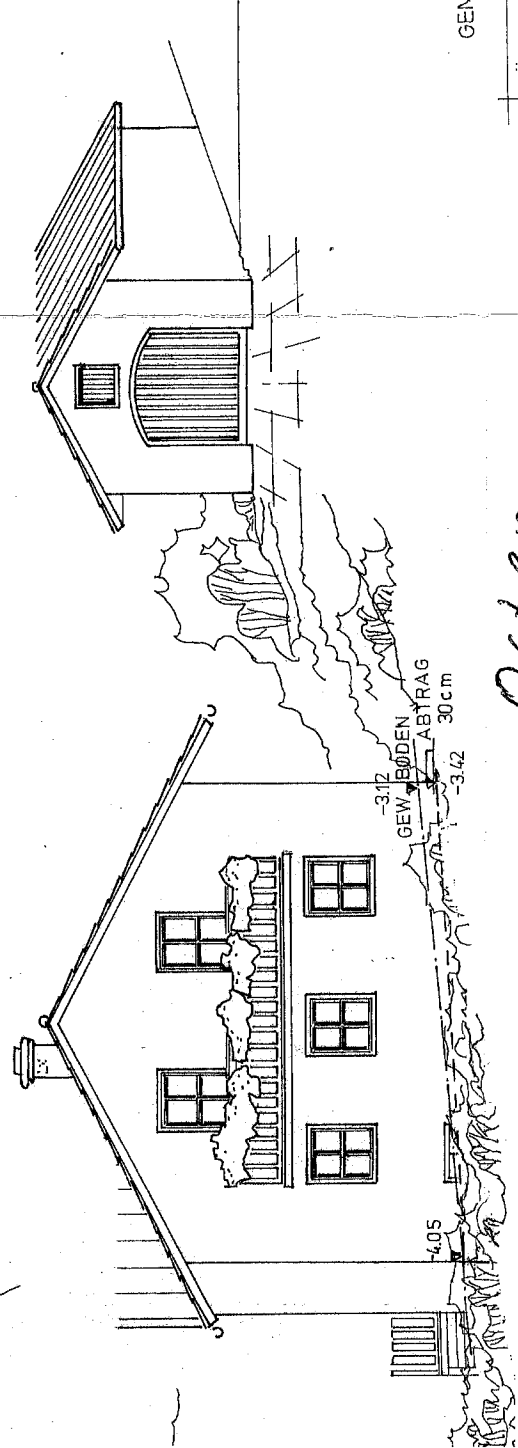
ANSICHT NORDEN

FUNDAMENTE  
UND TRAGFÄH

FLACHDACHPFA  
DACHNEIGUNG  
LÄTTUNG + KON  
PAPPE + SCHAL  
DACHSTUHL N.  
DÄMMUNG N. W  
SICHTSCHALUP

DACHS  
GEGEN S

SICHT:

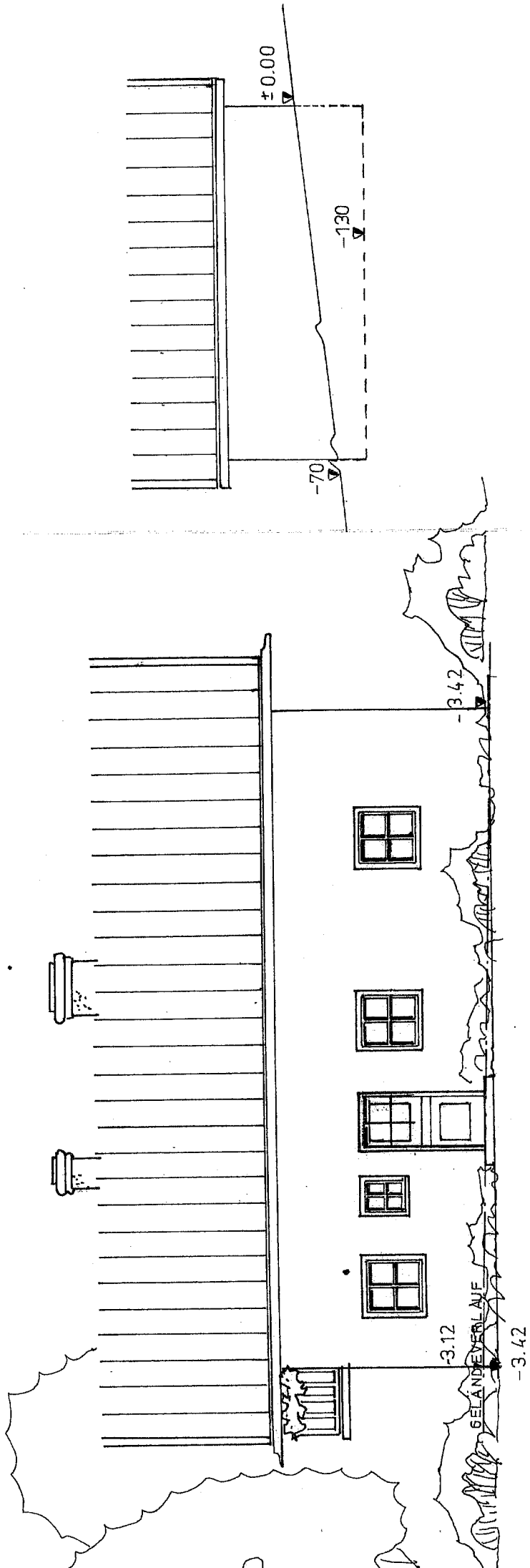


Osten

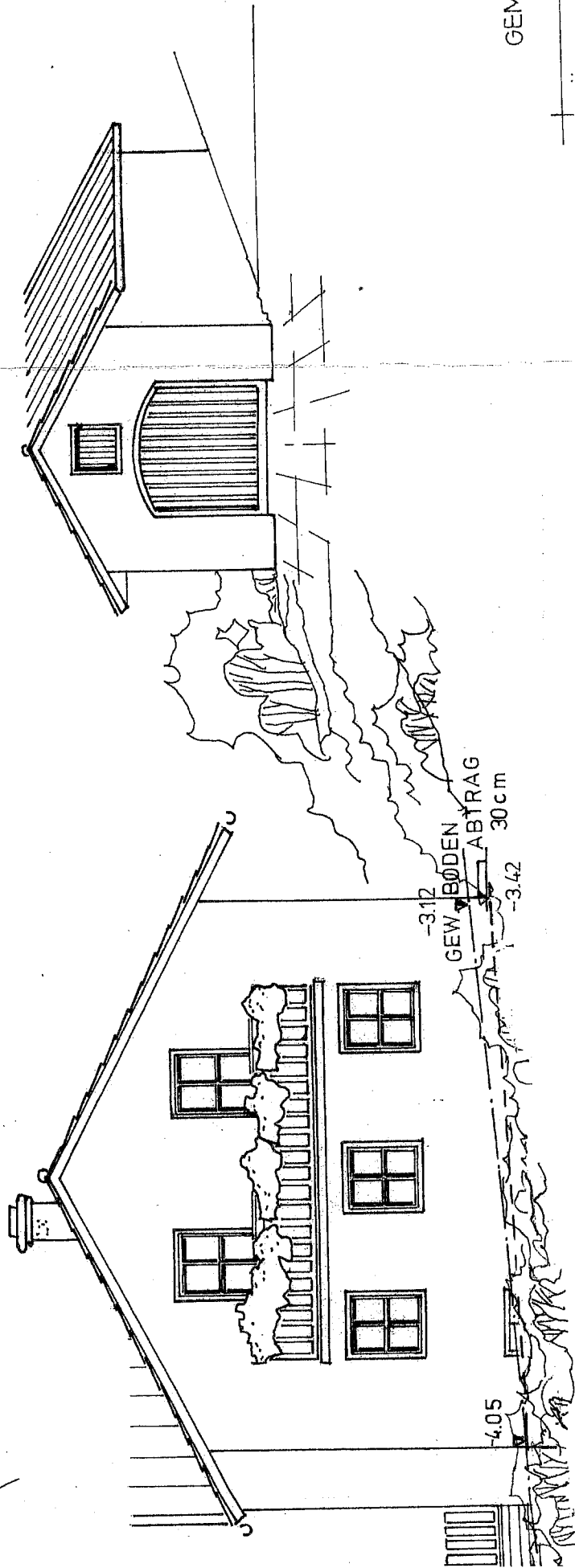
REV. SCHACHT  
vorhanden

VORH.  
GEMEINDE - KANAL

GEW. BÖDEN  
ABTRAG  
30 cm



ANSICHT NORDEN



Osten

BAUHERR UND  
GRUNDEIGNER:

ZUSTIMMUNG  
DER NACHBARN:

Landratsamt Möhlendorf a. Inn
Einge. 18. JULI 1996
Nr. ....

FL. NR. 27 GMDE. SCHWINDEGG

E I N G A B E P L A N    1 / 1 0 0    1 / 1 . 0 0 0

NEUBAU EINES EINFAMILIEN-WOHNHAUSES MIT GARAGE IN 84419 SCHWINDEGG WALKERSAICH GEMARKUNG WALKERSAICH FLURSTÜCKS-NUMMER 35/1

~~35/2 - 164/96~~  
**35/3 - 164/96**

DER BAUANTRAG GILT NICHT ALS WERKPLAN.  
ALLE MASSE SIND VOR BAUBEGINN ZU ÜBERPRÜFEN!  
DER AUFTRAG DES BAUHERRN ERFOLGTE NUR FÜR  
DIE PLANERSTELLUNG

LOIPFING 26. JUNI 1996

PLANFERTIGER

Gemeinde Schwindegg	Bgm
15. JULI 1996	I
19/96	II
	III
	IV
	V

# LANDRATSAMT MÜHLendorf A. INN

Töginger Straße 18  
84453 Mühlendorf a. Inn

Sachbearb.:	
Zimmer Nr.:	238
Telefon	: 08631/699 465
Telefax	: 08631/699 699
Aktenz.	: 35-30164/96
Besuchs-	Mo.-Fr. 8.00-12.00
zeiten	: Do. 14.00-16.00

Mühlendorf a. Inn, 14.08.1996

Landratsamt Mühlendorf a. Inn  
Postfach 409, 84446 Mühlendorf a. Inn

Gegen Einschreiben

Vollzug der Baugesetze;  
Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage;  
Flurnummer: 35/1  
Gemarkung : Walkersaich, Gemeinde: Schwindegg

Anlagen:

- 1 Bauantrag-Zweitschrift mit den gesamten Bauvorlagen
- 1 Kostenrechnung

Sehr geehrter Herr \_\_\_\_\_

das Landratsamt Mühlendorf a. Inn erläßt folgenden

## B E S C H E I D :

**A. Genehmigung:**

Ihr im Betreff. bezeichneter Bauantrag wird unter den nachstehenden Auflagen genehmigt. Die Bauausführung hat nach den mit dem Genehmigungsvermerk des Landratsamtes versehenen Bauvorlagen unter Beachtung der amtlichen Einzeichnungen (Rot- und Grünkorrektur) und nach den anerkannten Regeln der Technik und Baukunst zu erfolgen.

**B. Auflagen:**

1. Die Bestimmungen der Bayer. Bauordnung (BayBO) und die ergänzenden baurechtlichen Vorschriften sowie die Unfallverhütungsvorschriften der zuständigen Berufsgenossenschaften sind zu beachten.

2. Auf Grund von Art. 58 Bayer. Bauordnung ist 1 Kraftfahrzeugstellplatz zu 2,30 x 5,00 m nebst Zubehöranlagen zu schaffen, und zwar so, wie in den Bauzeichnungen festgelegt. Der Kfz-Stellplatz muß bis zur abschließenden Fertigstellung des Bauvorhabens erstellt sein.
3. Das SCHNURGERÜST des Gebäudes ist zu erstellen und die Abnahme durch das Landratsamt mindestens 2 Tage vorher zu beantragen. Grenzsteine und Grenzzeichen müssen freigelegt sein. Am SCHNURGERÜST muß die Lage und Höhe der Bauwerksecken bezogen auf +/- 0,0 innerhalb der Grenzmarkierungen genau festgelegt sein.
4. Das Bauvorhaben ist an die gemeindliche zentrale Wasserversorgungsanlage anzuschließen.
5. Das Bauvorhaben ist an die gemeindliche zentrale Abwasserbeseitigungsanlage - mit Kontrollschacht auf dem Baugrundstück - anzuschließen.
6. Innerhalb eines Monats ab Bestandskraft dieses Baugenehmigungsbescheides ist ein prüffähiger Freiflächengestaltungsplan eines Landschaftsplaners vorzulegen.

**C. Zwangsmittel:**

Für den Fall der Nichterfüllung bzw. Nichtbeachtung der Auflage Nr. 6 wird die Erhebung eines Zwangsgeldes in Höhe von 2.000,-- DM angedroht.

**D. Kostenentscheidung:**

D.I Sie haben die Kosten des Verfahrens zu tragen.

D.II Für diesen Bescheid wird eine Gebühr in Höhe von DM 1.407,-- festgesetzt.

**E. Hinweise:**

1. Während der Bauausführung ist an der Baustelle eine Tafel, die die Bezeichnung des Vorhabens und den Namen und die Anschrift des Bauherrn und Entwurfsverfassers enthalten muß, dauerhaft und von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar anzubringen.
2. Wenn Sie Änderungen gegenüber den genehmigten Bauplänen beabsichtigen, müssen über diese Abweichungen Tekturpläne angefertigt und dem Landratsamt über die zuständige Gemeinde vorgelegt werden. Vor der Genehmigung dieser Pläne dürfen Änderungen nicht ausgeführt werden. Ebenso dürfen genehmigungspflichtige Einbauten (wie z.B. Heizungsanlagen, Tanks usw.) oder Werbeanlagen erst nach Erteilung der hierfür erforderlichen Genehmigung erstellt werden.
3. Mindestens 2 Wochen vor Fertigstellung des Rohbaues haben Sie die beigefügte Rohbaufertigstellungsanzeige dem Landratsamt vorzulegen, damit eine Besichtigung

vorgenommen werden kann. Der Anzeige ist eine Bescheinigung des Bezirkskaminkehrermeisters über die Tauglichkeit der Kamine und Lüftungsleitungen beizufügen, soweit das Bauvorhaben auch Kamine und Lüftungsleitungen von Räumen mit Feuerstätten umfaßt. Mit dem Innenausbau und der Putzarbeit darf erst am Tag nach der angegebenen Fertigstellung des Rohbaues begonnen werden.

4. Spätestens 2 Wochen vor Fertigstellung oder Bezug (Benutzung) des Bauvorhabens müssen Sie die beiliegende Baufertigstellungsanzeige dem Landratsamt und bei gewerblichen Bauten auch dem Gewerbeaufsichtsamt anzeigen. Der Anzeige ist eine Bescheinigung des Bezirkskaminkehrermeisters über die Benutzbarkeit der Kamine und Lüftungsleitungen beizufügen, soweit das Bauvorhaben auch Kamine und Lüftungsleitungen von Räumen mit Feuerstätten umfaßt.
5. Die bauliche Anlage darf erst ihrer Bestimmung zugeführt werden, wenn sie sicher benutzbar ist, frühestens jedoch nach dem in der Baufertigstellungsanzeige genannten Zeitpunkt der Fertigstellung (Bezug).

F.

Gründe:

Sie beantragten über die zuständige Gemeinde die im Be-  
treff bezeichnete Baugenehmigung. Das gemeindliche Einver-  
nehmen wurde erteilt und der Vorgang uns zur Entscheidung  
vorgelegt.

Nach Art. 65, 67 BayBO, Art. 3 Abs.1 Nr. 1 BayVwVfG sind  
wir zur Entscheidung über den Bauantrag sachlich und ört-  
lich zuständig.

Die Baugenehmigung war zu erteilen, weil das Vorhaben  
unter den festgelegten Auflagen den öffentlich-rechtlichen  
Vorschriften entspricht (Art. 79 Abs. 1 BayBO).  
Da es sich um ein Verfahren nach Art. 80 BayBO (verein-  
fachtetes Genehmigungsverfahren) handelt, wurde der Bauan-  
trag nur in dem darin festgelegtem Umfang geprüft.  
Die Auflagen stützen sich auf Art. 36 Abs. 1 und 2  
BayVwVfG, sie sind zur ordnungsgemäßen Durchführung des  
Vorhabens erforderlich.

Die Baugenehmigung wurde gemäß § 34 Baugesetz-  
buch - BauGB - erteilt.

Die Androhung des Zwangsgeldes stützt sich auf Art. 29,  
30, 31 und 36 des Bayer. Verwaltungszustellungs- und Voll-  
streckungsgesetzes - VwZVG - (BayRS 2010-2-I).

Die Kostenfestsetzung beruht auf Art. 1, 2, 6, 8 und 13  
des Kostengesetzes (BayRS 2013-1-1-F) i.V.m. Tarif-  
Nr. 2.1.1 des Kostenverzeichnisses (BayRS 2013-1-2-F).

# RECHTSBEIHELFSBELEHRUNG

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe **Widerspruch** erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim **Landratsamt Mühldorf a. Inn, Töginger Straße 18, 84453 Mühldorf a. Inn** einzulegen. Die Frist ist auch gewahrt, wenn der Widerspruch rechtzeitig bei der Regierung von Oberbayern, Maximilianstr. 39, 80538 München, eingelegt wird.

Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage beim **Bayerischen Verwaltungsgericht in 80335 München, Bayerstraße 30**, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten Freistaat Bayern und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden.

Der Klage und allen Schriftsätzen sollen 4 Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Da das Bauvorhaben überwiegend Wohnzwecken dient, hat ein Widerspruch und eine Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung. Bei dem Bayer. Verwaltungsgericht in 80335 München, Bayerstr. 30, kann binnen eines Monats nach Zustellung der Genehmigung ein Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung gestellt werden. Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann ein hierauf gestützter Antrag innerhalb einer Frist von einem Monat gestellt werden. Die Frist beginnt in dem Zeitpunkt, in dem Kenntnis von den Tatsachen erlangt wird.

## HINWEIS:

Bei einem erfolgreichen Widerspruch entstehen dem Widerspruchsführer keine Kosten; ist der Widerspruch erfolglos oder wird er zurückgenommen, hat derjenige, der den Widerspruch eingelegt hat, die **Kosten des Widerspruchsverfahrens** zu tragen.

Mit freundlichen Grüßen  
I.A.



Regierungsrat z.A.

In Ausfertigung an die  
Gemeinde Schwindegg  
84419 Schwindegg  
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Gemeinde Schwindegg	Bgm
22. AUG. 1996	I
	II
	III
	IV
	V

**Ausfertigung**  
**LANDRATSAMT MÜHLDORF A. INN**

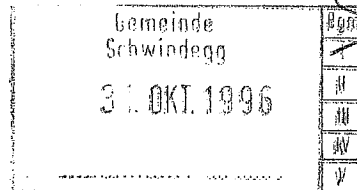
Töginger Straße 18  
84453 Mühldorf a. Inn

Sachbearb.:	
Zimmer Nr.:	238
Telefon	: 08631/699 465
Telefax	: 08631/699 699
Aktenz.	: 35-30164/96
Besuchs-	Mo.-Fr. 8.00-12.00
zeiten	: Do. 14.00-16.00

Landratsamt Mühldorf a. Inn  
Postfach 409, 84446 Mühldorf a. Inn

Mühldorf a. Inn, 28.10.1996

Gegen Einschreiben



Vollzug der Baugesetze;  
Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage;  
Gestaltung der Freiflächen;  
Flurnummer: 35/1  
Gemarkung : Walkersaich, <sup>Gemeinde:</sup> ~~Markt~~: Schwindegg

Anlagen:

- 1 Freiflächengestaltungsplan
- 1 Kostenrechnung

Sehr geehrter

das Landratsamt Mühldorf a. Inn erläßt folgenden

**B E S C H E I D :**

**A. Genehmigung:**

Ihr im Betreff bezeichneter Bauantrag wird unter den nachstehenden Auflagen genehmigt. Die Bauausführung hat nach den mit dem Genehmigungsvermerk des Landratsamtes versehenen Bauvorlagen unter Beachtung der amtlichen Einzeichnungen (Rot- und Grünkorrektur) und nach den anerkannten Regeln der Technik und Baukunst zu erfolgen.

**B. Auflagen:**

1. Die Bepflanzung des Baugrundstücks hat spätestens in der dem Bezug des Wohnhauses folgenden Pflanzperiode nach Maßgabe des Freiflächengestaltungsplanes zu erfolgen.

2. Die Auflagen des Baugenehmigungsbescheides vom 14.08.1996 gelten entsprechend.

**C. Kostenentscheidung:**

C.I Sie haben die Kosten des Verfahrens zu tragen.

C.II Für diesen Bescheid wird eine Gebühr in Höhe von DM 50,-- festgesetzt.

**D. Gründe:**

Sie beantragten über die zuständige Gemeinde die im Be-  
treff bezeichnete Baugenehmigung. Das gemeindliche Einver-  
nehmen wurde erteilt und der Vorgang uns zur Entscheidung  
vorgelegt,

Nach Art. 65, 67 BayBO, Art. 3 Abs.1 Nr. 1 BayVwVfG sind  
wir zur Entscheidung über den Bauantrag sachlich und ört-  
lich zuständig.

Die Baugenehmigung war zu erteilen, weil das Vorhaben  
unter den festgelegten Auflagen den öffentlich-rechtlichen  
Vorschriften entspricht (Art. 79 Abs. 1 BayBO).

Da es sich um ein Verfahren nach Art. 80 BayBO (verein-  
fachtetes Genehmigungsverfahren) handelt, wurde der Bauan-  
trag nur in dem darin festgelegtem Umfang geprüft.

Die Auflagen stützen sich auf Art. 36 Abs. 1 und 2  
BayVwVfG, sie sind zur ordnungsgemäßen Durchführung des  
Vorhabens erforderlich.

Die Baugenehmigung wurde gemäß § 34 Baugesetz-  
buch - BauGB - erteilt.

Die Kostenfestsetzung beruht auf Art. 1, 2, 6, 8 und 13  
des Kostengesetzes (BayRS 2013-1-1-F) i.V.m. Tarif-  
Nr. 2.I.1 des Kostenverzeichnisses (BayRS 2013-1-2-F).

**RECHTSBEHELFSBELEHRUNG**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe **Widerspruch** erhoben werden. Der Wider-  
spruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim **Landratsamt Mühldorf a. Inn, Töginger Straße 18, 84453 Mühldorf  
a. Inn** einzulegen. Die Frist ist auch gewahrt, wenn der Widerspruch rechtzeitig bei der Regierung von Oberbayern,  
Maximilianstr. 39, 80538 München, eingelegt wird.

Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden,  
so kann Klage beim **Bayerischen Verwaltungsgericht in 80335 München, Bayerstraße 30**, schriftlich oder zur Nieder-  
schrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen  
besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten Freistaat Bayern und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden.  
Der Klage und allen Schriftsätzen sollen 4 Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Da das Bauvorhaben überwiegend Wohnzwecken dient, hat ein Widerspruch und eine Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung. Bei dem Bayer. Verwaltungsgericht in 80335 München, Bayerstr. 30, kann binnen eines Monats nach Zustellung der Genehmigung ein Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung gestellt werden. Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann ein hierauf gestützter Antrag innerhalb einer Frist von einem Monat gestellt werden. Die Frist beginnt in dem Zeitpunkt, in dem Kenntnis von den Tatsachen erlangt wird.

**HINWEIS:**

Bei einem erfolgreichen Widerspruch entstehen dem Widerspruchsführer keine Kosten; ist der Widerspruch erfolglos oder wird er zurückgenommen, hat derjenige, der den Widerspruch eingelegt hat, die Kosten des Widerspruchsverfahrens zu tragen.

Mit freundlichen Grüßen  
I.A.



Regierungsrat z.A.

In Ausfertigung an den  
~~Markt Buchbach~~ *Gemeinde Schwindegg*  
~~84428 Buchbach~~ *84449 Schwindegg*  
mit der Bitte um Kenntnisnahme.